

ANSPRECHPARTNER



KLAUS HOHER

✉ klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9102



RUDI FISCHER

✉ rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 917



ISABELL HEGYI

Parlamentarische Beraterin

✉ isabell.hegyi@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9136

LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2020

BEREICH LÄNDLICHER RAUM UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Die Corona-Pandemie unterstreicht die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft für die Ernährungssicherung. Das im Juli verabschiedete grün-schwarze Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes verkennt dies aber komplett. Die FDP/DVP Fraktion positionierte sich von Anfang an entschieden gegen das Gesetz. Nicht, weil wir den Artenschutz ablehnen, sondern weil dieser nicht mit einer planwirtschaftlichen Bevorzugung des Ökolandbaus gelingt. Dessen geringe Flächennutzungseffizienz ist im Vergleich zu konventionellen Systemen ein großes Manko, was ihn selbst beim Klimaschutz anderen Systemen gegenüber nicht systematisch überlegen macht. Die forcierte Öko-Umstellung wird lediglich einen ruinösen Preiskampf bei Bioprodukten zur Folge haben. Artenschutz gelingt auch nicht mit einer wissenschaftsfernen, praxisuntauglichen Zielvorgabe zur Pflanzenschutzmittelreduktion. Es braucht eine solide Strategie, die das berechtigte Interesse des Pflanzenschutzes und der Ertragsicherheit mit Umweltmaßnahmen so balanciert, dass sie realistisch ist und eine wirtschaftliche Anwendung ermöglicht. Das Gesetz wird nicht nur den Landeshaushalt erheblich belasten, es gefährdet mit utopischen Zielvorgaben die Existenz

der rund 33.200 landwirtschaftlichen Betriebe im Land und führt schlimmstenfalls zur Abwanderung der Urproduktion ins Ausland.

2020 stand auch ganz im Zeichen der Planlosigkeit, Vetternwirtschaft und Lügenmärchen von Landwirtschaftsminister Hauk. Nach dessen Untätigkeit beim Corona-Skandal im Birkenfelder Schlachthof im April, wurde im August auch noch sein maßgeblicher Beitrag zum Gärtringer Schlachthof-Skandal bekannt. Anstatt zuzugeben, dass er mit der Aussetzung des Zwangsgeldes seinem Parteifreund, dem Geschäftsführer des Schlachthofs, einen Freundschaftsdienst erwiesen hatte, schob er sein Fehlverhalten auf die angebliche Systemrelevanz des Schlachthofs während der Corona-Pandemie. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion setzten wir deshalb im Oktober eine Sondersitzung des Landwirtschaftsausschusses durch. Sie bestätigte nicht nur die Vetternwirtschaft des Ministers, sondern auch unseren Verdacht, dass er die Ergebnisse des Schlachthof-Monitorings, bei dem schon 2018 und 2019 massive tierschutzrelevante Mängel in 40 Schlachthöfen festgestellt worden waren, gegenüber der Presse und dem Parlament beschönigt und geleugnet hatte.

INITIATIVEN

- » Forstliche Förderung nach den Sturmtiefs „Sabine“, „Bianca“ und „Diana“
[Drucksache 16/7977](#)
- » Ausnahmegenehmigung für Auflastungen beim Schadholztransport [Drucksache 16/7818](#)
- » Mögliche Beiträge der Landwirtschaft zur Kohlenstoffbindung [Drucksache 16/7793](#)
- » Überprüfung der Düngerlager in Baden-Württemberg [Drucksache 16/8768](#)
- » Auswirkungen landwirtschaftlicher Flächenverluste [Drucksache 16/8970](#)
- » Tierschutz-Vollzug und Tierschutz beim Schlachten in Baden-Württemberg
[Drucksache 16/8998](#)
- » „Förderung von Zuwendungen für die Beseitigung der Folgen von Extremwetterereignissen – Katastrophen – im Wald nach der Verwaltungsvorschrift Nachhaltige Waldwirtschaft“
[Drucksache 16/9209](#)

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

IM FOKUS

BÜROKRATIE BEHINDERT WALDBESITZER IM KAMPF GEGEN DIE ÖKOLOGISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KATASTROPHE IM WALD



ARBEITSKREIS

Ländlichen Raum und Verbraucherschutz



ANSPRECHPARTNER

Klaus Hoher MdL
Rudi Fischer MdL



Im Wald spielte sich in diesem Jahr ein nie dagewesenes ökologisches und wirtschaftliches Desaster ab. Stürme, Hitze, Dürre und der damit einhergehende hohe Befall durch Borkenkäfer haben 46 Prozent der Waldfläche geschädigt.

Auch die Preise für Holz lagen am Boden. Durch die Corona-Krise geriet der Holzabsatz zusätzlich ins Stocken. Verstärkt wurden die Probleme durch fehlende Arbeitskräfte, ungenügende Transportkapazitäten und Lagermöglichkeiten außerhalb des Waldes. Als FDP/DVP Fraktion hatten wir die Landesregierung schon vor der Corona-Pandemie mehrfach aufgefordert, den 240.000 kommunalen und privaten Waldbesitzern endliche rasche und wirksame Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie mit der Totholzbeseitigung und Aufforstung nachkommen können, sei es mit unserer parlamentarische Initiative zur forstlichen Förderung nach den Sturmtiefs „Sabine“, „Bianca“ und „Diana“ oder unserer Kleinen Anfrage zur Ausnahmegenehmigung für Auflastungen beim Schadholztransport. Im Juli gab es dann endlich ein Förderpaket zur Beseitigung der Folgen von Extremwetter-

ereignissen im Wald. Doch das grün-schwarze Förderpaket ist alles andere als eine schnelle und unbürokratische Hilfe für die Waldbesitzer. Wer eine Förderung beantragen will, forstet sich zunächst einmal nicht durch den Wald, sondern durch ein 17-seitiges Online-Formular und eine 11-seitige Ausfüllhilfe. Zudem kann der Antrag nur digital gestellt werden. Wir haben im Land aber immer noch viel zu viele weiße Flecken bei der Internetversorgung, was die Antragsstellung vielerorts erst gar nicht möglich macht. So waren bis Oktober 13 Millionen Euro Bundesgelder aus der Förderung nicht ausgeschöpft und drohen mit Ende des Jahres zu verfallen. Mit unserem Antrag „Förderung von Zuwendungen für die Beseitigung der Folgen von Extremwetterereignissen – Kalamitäten – im Wald nach der Verwaltungsvorschrift Nachhaltige Waldwirtschaft“ machten wir deshalb auf das Bollwerk an Bürokratie, das Waldbesitzer in ihrem Kampf gegen die nie dagewesene ökologische und wirtschaftliche Katastrophe im Wald erstickt, aufmerksam.

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.